WASSER ÜBERWINDET GRENZEN – BEISPIELE WEISEN DEN WEG

Eine Wasserwirtschaft, die den hohen Anforderungen der Gesellschaft an Nutzung und Schutz des Wassers gerecht wird, braucht Koordination, Mitwirkung und Zusammenarbeit. Zwischen Gemeinden, Kantonen und Ländern, zwischen allen Akteuren der Wasserwirtschaft. Anlässlich der Auftaktveranstaltung zum «Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser» wurde anhand mehrerer guter Beispiele gezeigt, dass sich diese Zusammenarbeit lohnt und welche Erfolgsfaktoren zu beachten sind.

Stefan Vollenweider; Yvonne Zollinger, Wasser-Agenda 21

Die UNO hat das Jahr 2013 zum «Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser» erklärt. Zu den Zielen des Jahres gehört es, in Fachkreisen – aber auch in der breiten Öffentlichkeit – das Bewusstsein für die Bedeutung einer besseren Zusammenarbeit zu stärken und die globalen Herausforderungen der Wasserbewirtschaftung deutlich zu machen. Die Schweiz wird sich in verschiedenen nationalen und internationalen Projekten engagieren. Die Koordination der Aktionen erfolgt durch die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit DEZA und das Bundesamt für Umwelt BAFU.

Internationales Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser: Auftaktveranstaltung

Den Auftakt bildete der Weltwassertag am 22. März 2013. Wasser-Agenda 21 – selber eine Plattform für die Zusammenarbeit – organisierte aus diesem Anlass in Zusammenarbeit mit dem BAFU in Bern eine Fachtagung mit dem Titel «Wasser überwindet Grenzen – Beispiele und Chancen der Zusammenarbeit in der Schweiz». Rund 150 Wasserfachleute konnten an der Tagung begrüsst werden und erhielten einen Einblick in verschiedene Bereiche der Kooperation.



Ständeratspräsident Filippo Lombardi hält die Eröffnungsansprache



Stephan Müller stellt den «Wasserkompass» vor

STÄNDERATSPRÄSIDENT FILIPPO LOMBARDI ERÖFFNETE DAS JAHR

Die Veranstaltung wurde durch Ständeratspräsident Filippo Lombardi eröffnet und von Bernhard Wehrli (Eawag) und Marc Chardonnens (Kanton Fribourg/KVU) moderiert. Zusammenarbeit im Bereich Wasser ist auch in der Politik wichtig. Das illustrierte SR Lombardi eindrücklich anhand des 2011 revidierten Gewässerschutzgesetzes: Auslöser für die Revision war die im Jahr 2004 vom Schweizerischen Fischerei-Verband SFV lancierte Volksinitiative «Lebendiges Wasser». Nachdem es der Bundesrat als zu kompliziert erachtet hatte, einen konsensfähigen Gegenvorschlag zu erarbeiten, wurde die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (UREK-S) aktiv. Die parlamentarische Initiative «Schutz und Nutzung der Gewässer» führte zum Rückzug der Initiative. Ein interessantes Stück parlamentarischer Geschichte und ein Beweis, dass sich die Zusammenarbeit - in diesem Fall zwischen Politik, Verwaltung, Fischerei, Umweltverbänden und Wasserwirtschaft - lohnt! Gemäss der Vollzugsverordnung sollen in den nächsten 20 Jahren 4000 der insgesamt 15000 verbauten Fliessgewässerkilometer revitalisiert werden.

GEMEINDEN. KANTONE UND BUND SPIELEN EINE WICHTIGE ROLLE

Dass die Anforderungen der Gesellschaft an Nutzung und Schutz des Wassers kontinuierlich zunehmen, spüren die Gemeinden



Regierungsrat Willy Haag berichtet von der internationalen Kooperation zum Schutz am Alpenrhein

ganz besonders. Kooperationen können eine Möglichkeit sein, die komplexen Aufgaben – z.B. bei der Wasserversorgung und -entsorgung oder beim Hochwasserschutz – auch über kommende Generationen hinweg zu erfüllen.

Stephan Müller (BAFU, Abteilungsleiter Wasser) stellte in seinem Beitrag den «Wasserkompass für die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden» vor. Der Wasserkompass wurde mit der Unterstützung und dem Fachwissen wichtiger Akteure der Schweizer Wasserwirtschaft entwickelt. Er zeigt auf, wann sich eine Gemeinde Gedanken zu einer Kooperation machen sollte, in welchen Fällen sich eine Zusammenarbeit lohnt und wie dabei vorgegangen werden kann. In sieben Schritten führt der Kompass von der Idee über sämtliche Abklärungen bis hin zum Entscheid, ob die Kooperation umgesetzt wird oder nicht.

Gemeinden können viel bewirken, wenn sie die Bewältigung der Aufgaben der Wasserwirtschaft gemeinsam angehen. Das zeigt das von Olivier Chaix (BG Ingenieure und Berater AG) vorgestellte Beispiel Val de Ruz. Die Talschaft zwischen Neuenburg und La Chaux-de-Fonds hatte u.a. mit einer schlechten Wasserqualität und Niederwasserproblemen zu kämpfen. Zudem verteilten sich die Verantwortlichkeiten auf 16 Gemeinden und 6 interkommunale Zweckverbände. Vor diesem Hintergrund ergriffen die Gemeinden im Val de Ruz die Initiative. Sie bezogen alle Akteure für die Lösung der Probleme ein und übergaben die Verantwortung für den gesamten Wasserkreislauf einem einzigen Ansprechpartner. Die neu geschaffene Trägerschaft, der regionale Gemeindeverband MultiRuz, übernahm Anfang 2011 alle Aufgaben und Infrastrukturen der Wasserwirtschaft: Trinkwasser, Abwasser, landwirtschaftliche Drainagen und Gewässerunterhalt. Als wichtige Erfolgsfaktoren nennt Chaix ein klares Ziel, solide Grundlagen, ein realistisches Budget, motivierte Schlüsselpersonen aus der Region sowie eine breite Information.

Ein weiteres Beispiel aus der Siedlungswasserwirtschaft stammt aus dem Kanton Aargau. *Jörg Kaufmann* (Kanton Aargau, Abteilung für Umwelt) stellte in seinem Vortrag vor, wie der Kanton die Zahl der 94 kommunalen Abwasserreinigungsanlagen (ARA) durch Zusammenschlüsse kontinuierlich reduzierte. Sobald die Sanierung, Erneuerung oder Erweiterung einer ARA anstand, verlangte die Abteilung für Umwelt die Prüfung eines allfälligen Zusammenschlusses. Dieser vom Kanton unterstützte Konzentrationsprozess verlief noch erfolgreicher als erwartet. Die Abwasserreinigung der 216 Gemeinden erfolgt heute in 50 ARA. Die Abteilung für Umwelt übernahm es, die Entscheidungsträ-

ger und die Bevölkerung laufend für die Zusammenarbeit in der Abwasserreinigung zu sensibilisieren, spielte also in den Projekten die Rolle einer Vermittlerin und Unterstützerin der politischen Umsetzung. Als entscheidend für den Erfolg beurteilte Kaufmann die Konstanz einzelner Projekte, die politische Abstützung, den Einbezug auch der kritischen Stimmen und das Gewinnen von Verbündeten, die als «Werbeträger» fungieren. Wie vielfältig die Zusammenarbeit im Bereich Wasser sein kann, zeigte Charles Stalder (Canton de Genève, Direction générale de l'eau) anhand seiner Ausführungen zum Kanton Genf. Im Grenzkanton spielen die Beziehungen zu Frankreich eine besondere Rolle. Dabei kommen unterschiedliche Formen der Zusammenarbeit zum Einsatz. Ein Beispiel ist die internationale Kommission zum Schutz des Genfersees CIPEL. Sie ist eine französisch-schweizerische Organisation, die die Entwicklung der Wasserqualität des Genfersees und der Rhone, inklusive der Zuflüsse überwacht. In der Kommission haben französische Vertreter, der Bund sowie alle angrenzenden Kantone (VS, VD, GE) Einsitz.

Nicht nur verschiedene Länder, auch verschiedene Kantone gehen unterschiedlich mit Fragestellungen um und haben andere Vorgehensweisen. Hiervon berichteten *Christophe Joerin* (Etat de Fribourg, Service des ponts et chaussées, section Lacs et cours d'eau) und *Philippe Hohl* (Canton de Vaud, Direction générale de l'environnement). Sie zeigten auf, wie sie mit solchen Herausforderungen bei der gemeinsamen Bearbeitung eines kantonsübergreifenden Projektes in der Region der Broye umgehen.

SEKTOREN- UND INTERESSENÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT

Die wasserwirtschaftliche Zusammenarbeit erfolgt nicht nur zwischen staatlichen Hoheitsträgern, sondern auch zwischen verschiedenen Interessen- und Aufgabenbereichen der Wasserwirtschaft. Dies illustrierten verschiedene weitere Beispiele. Regierungsrat Willy Haag (Vorsteher des St. Galler Baudepartementes) berichtete von seinen Erfahrungen aus den äusserst komplexen Wasserbauprojekten am Alpenrhein und der Linth. Verschiedene Massnahmen stellten sicher, dass in beiden Projekten alle Interessen und Anspruchsgruppen angemessen berücksichtigt wurden und zu einem ausgewogenen Resultat führten. Haag machte die Erfahrung, dass die Art der Kommunikation eine nicht zu unterschätzende Bedeutung hat für das Gelingen von integralen Wasserbauprojekten. Es lohnt sich, den Fokus auf die sichtbaren Resultate zu legen, die verdeutlichen, dass Hochwasserschutz, Natur und Erholung keine Widersprüche sein müssen.

Ein weiteres integral ausgerichtetes Projekt wurde von *Jakob Grünenfelder* (ecowert gmbh) vorgestellt. Mit dem Gewässerentwicklungskonzept (GEK) Valposchiavo wurde ein zielgerichtetes Informations- und Planungsinstrument für die künftige Entwicklung der Hauptgewässer im Valposchiavo geschaffen. Das Konzept behandelt vor allem wasserbauliche, gewässerökologische, hochwasserschützerische sowie landschaftliche Aspekte in einem gesamtheitlichen Ansatz. Auslöser für das GEK Valposchiavo war das Wasserkraftprojekt Lagobianco. Von Beginn weg waren Vertreter aller betroffenen Interessengruppen in die Projektentwicklung einbezogen.

Im Renaturierungsprojekt Thurauen standen sich die unterschiedlichen Ansprüche von Forst- und Landwirtschaft, Wasserkraftnutzung, Trinkwassernutzung, Natur-, Auen- und Gewässerschutz, Tourismus sowie Hochwasserschutz gegenüber.



Marc Chardonnens moderiert die Veranstaltung

Die herausragende Qualität des Projektes besteht für *Robert Bänziger* (Ingenieurbüro Robert Bänziger) weniger darin, dass es sich um ein innovatives Wasserbauprojekt handelt, als vielmehr darin, dass eine Konsenslösung gefunden wurde, die zu keinem einzigen Rekurs führte. Eine wichtige Rolle spielte dabei die Begleitkommission, in der alle relevanten Interessen eingebunden waren.

GLOBALE KOOPERATIONEN IM BEREICH WASSER

Die nachhaltige Bewirtschaftung der Ressource Wasser ist eine der grössten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Martin Dahinden (Direktor des DEZA) zeigte in seinem Vortrag auf, dass Wasser ein Kernthema der bilateralen Zusammenarbeit der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) ist. Unter dem Slogan «Joint the Movement» unterstützt die DEZA Plattformen, die zur Lösung von Wasserproblemen in Entwicklungsländern beitragen. Eine solche Plattform präsentierte Sébastien Apothéloz (eauservice Lausanne). Er stellte die Kooperation von Lausanne und Nouakchott vor. Seit 2008 bezahlen die Lausanner mit ihrem Wasserkonsum einen Solidaritätsrappen. Daraus hervorgegangen ist eine Partnerschaft mit der Hauptstadt Mauretaniens. Lausanne ist aber kein Einzelfall. In der Schweiz unterstützen bereits 67 Gemeinden Wasserprojekte in Entwicklungsländern. Diese Gemeinden wurden mit dem Label «Solidarit'eau Suisse» ausgezeichnet.

WAS MEINT DIE WISSENSCHAFT?

Zwei Vorträge beleuchteten die Thematik der Zusammenarbeit im Wasserbereich aus einer wissenschaftlichen Perspektive: Andreas Zysset (Ernst Basler & Partner AG) stellte ausgewählte Resultate des NFP-61-Projektes IWAGO (Integrated Water Governance with Adaptive Capacity in Switzerland) vor. Das Projekt ging der Frage nach, wie die Akteure, Sektoren und Institutionen in der Schweiz besser zusammenarbeiten können. Hierfür wurde anhand von Fallbeispielen u.a. untersucht, welche Beziehung zwischen eingesetzten Politikinstrumenten und integraler Wasserwirtschaft besteht. Es zeigte sich, dass es keine allgemeingültigen Rezepte gibt. Die eingesetzten Instrumente hängen stark von den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen ab. Andreas Ladner (Institut de hautes études en administration publique IDHEAP) betrachtete das Thema Kooperation von Gemeinden aus sozialwissenschaftlicher Sicht. Umfragen zeigen,

dass die Zusammenarbeit von Gemeinden im Wasserbereich eine lange, sehr erfolgreiche Tradition hat. Dabei kommen ganz unterschiedliche rechtliche Formen der Kooperation zum Einsatz. Eine solche interkommunale Zusammenarbeit (IKZ) macht immer dann Sinn, wenn Gemeindegrenzen für die Erfüllung einer Aufgabe suboptimal sind. Ein Problem kann die Kontrollund Einflussmöglichkeit auf IKZ sein. Gemäss Ladner lässt sich eine entsprechende Governance aber problemlos auch in Zweckverbände einbauen.

GEMEINSAMKEITEN DER PRÄSENTIERTEN BEISPIELE

Heinz Habegger (Kanton Bern, AWA) zog ein positives Fazit. Die Zielsetzung der Veranstaltung wurde erfüllt. Es wurden verschiedene gute Beispiele der Zusammenarbeit präsentiert. Es stellte sich die Frage, was sich daraus lernen lässt. Habegger erkennt in den präsentierten Fallbeispielen verschiedene Gemeinsamkeiten:

- Die Zusammenarbeit erfolgt, wenn mehrere Akteure mit unterschiedlichen Interessen involviert sind. Unterschiedliche Interessen bestehen naturgemäss im Spannungsfeld der Grundanliegen der Wasserwirtschaft: dem Schutz des Wassers, der Nutzung des Wassers und dem Schutz vor den Gefahren des Wassers. Lokale, regionale oder überregionale Ansprüche oder auch wirtschaftliche Faktoren können ebenfalls eine Zusammenarbeit notwendig machen.
- Alle relevanten Anspruchsgruppen werden bereits ganz am Anfang, von der ersten Idee an, in den partizipativen Prozess eines integralen Projektes eingebunden. Dabei wird nicht nur informiert, sondern die verschiedenen Anliegen werden ernst genommen und in die Projekte einbezogen. Dieses Vorgehen benötigt am Anfang zwar viel Zeit, dafür beschleunigt sich das Projekt in den späteren Phasen. Ein Vorgehen nach den Grundsätzen von Einzugsgebietsmanagement bewährt sich.
- Offenheit, Ehrlichkeit und Kompromissbereitschaft sind nötig, damit eine Zusammenarbeit zu einer gerechten Interessenabwägung führen kann. Dazu braucht es auch fachlich gute Grundlagen und eine professionelle und neutrale «Moderation».
- Die Zusammenarbeit in interessenübergreifenden Teams basiert auf Vertrauen und Verbindlichkeit. Dieses Vertrauen muss aufgebaut werden und braucht Zeit. Eine personelle Konstanz ist dabei förderlich. Längerfristiges Monitoring garantiert, dass die Versprechungen eingehalten werden.
- Eine klare, offene, zielgruppenorientierte und stufengerechte Kommunikation unterstützt die Zusammenarbeit wesentlich.
 Dabei steht weniger die Technik im Zentrum, sondern der Nutzen eines Vorhabens. Ingenieure und andere Fachleute sprechen mit ihren Informationen auch die emotionale Ebene an.

In seinem Schlusswort wies Habegger nochmals darauf hin, dass die Zusammenarbeit nur so gut ist, wie die Personen, die sich in den Prozessen engagieren. Eine konstruktive Haltung aller beteiligten Parteien trägt massgeblich dazu bei, dass Wasserprojekte zum Nutzen aller schneller und effizienter umgesetzt werden können.

Alle Referate der Veranstaltung sind auf der Wasser-Agenda-21-Website unter www.wa21.ch/auftaktveranstaltung aufgeschaltet. Informationen des Bundes zum Internationalen Jahr der Zusammenarbeit im Bereich Wasser und die Unterlagen zum erwähnten Wasserkompass sind unter www.wasser2013.ch zu finden.